



Die Klimakrise macht keine Pause – das Klimavolksbegehren auch nicht

380.590 Menschen haben dem Klimavolksbegehren ihre Stimme gegeben, und damit die Politik aufgefordert, Klimaschutz wirklich umzusetzen und endlich vom Reden ins Tun zu kommen.

(Wien, 25. August 2020)

Auch wenn es in den letzten Wochen so scheint, als wäre es etwas ruhig um das Klimavolksbegehren geworden, heißt das nicht, dass dort auch Ruhe herrscht. Im Gegenteil. Die Freiwilligen des Klimavolksbegehrens arbeiten daran, dass die Umsetzung von klimapolitischen Maßnahmen nun tatsächlich auch passiert. Jetzt wird sich zeigen, ob die österreichische Politik Klimaschutz ernst nimmt, oder sich nur ein grünes Mäntelchen umhängt.

Raus aus der Klimakrise – wir arbeiten daran

„Gemeinsam mit fünf namhaften UmweltjuristInnen erarbeiten wir gerade konkrete Gesetzestexte zu unseren Forderungen. Parallel beginnen wir intensive Gespräche mit den Parteien, damit die Behandlung im Nationalrat nicht endet wie bei vergangenen Volksbegehren – mit vielen Versprechen und wenig konkreten Maßnahmen“, schildert Katharina Rogenhofer, Sprecherin des Klimavolksbegehren. Österreich soll laut der derzeitigen Bundesregierung bereits bis 2040 klimaneutral sein. „Das erfordert in vielen Bereichen eine völlig neue Denk-, Arbeits- und Lebensweise. Passiert dies nicht, wird es ziemlich ungemütlich auf unserem noch lebenswerten Planeten.“ so Rogenhofer.

Unsere Forderungen

Das Klimavolksbegehren fordert ein verbindliches, wissenschaftlich fundiertes CO²-Budget und einen Reduktionspfad, bei dem Österreich sich verpflichtet, die Emissionen bis 2030 mindestens zu halbieren und bis 2040 national klimaneutral zu werden. Weiters braucht es einen Klimarechnungshof, der unabhängig von der Regierung die Einhaltung des jährlichen CO²-Budgets und des Reduktionspfades prüft sowie einen Klimacheck bestehender und neuer klimarelevanter Gesetze und Verordnungen. Außerdem notwendig sind die Streichung klimaschädigender Förderungen, eine ökosoziale Steuerreform sowie eine flächendeckende Versorgung mit klimafreundlicher Mobilität und eine garantierte Finanzierung der Energiewende. „Nur mit einem ganzen Maßnahmenpaket und langfristiger Planung wird es gehen unsere Wirtschaft und Gesellschaft klimaneutral zu machen. Diesen Plan ist uns die Regierung noch schuldig“, unterstreicht Katharina Rogenhofer.

Klimaschutz ja oder nein

Die Entscheidung über die klimapolitische Zukunft in Österreich wird in einem Ausschuss im Parlament fallen. Im Vorfeld gibt es dazu Gespräche mit PolitikerInnen und Mitgliedern des Ausschusses seitens des Klimavolksbegehren, um diese umfangreich über die Forderungen zu informieren. „Die Regierung sowie alle Mitglieder des Ausschusses sind dazu aufgefordert nun Nägel mit Köpfen zu machen. Wir wollen das erste Volksbegehren werden, das auch tatsächlich



die Stimmen der BürgerInnen in Gesetzen verankert“, führt Rogenhofer weiter aus. “Es wird sich zeigen, wie ernst es die Parteien wirklich meinen. Im Jahr 2020 muss Klimaschutz in Gesetze gegossen werden, sonst ist die Politik unserer Zukunft nicht würdig.”

Zum Klimavolksbegehren:

Der dringliche Ruf nach einer langfristigen Klimapolitik ist unüberhörbar! Mehr als 380.590 Menschen haben das Klimavolksbegehren unterzeichnet. Mit den zahlreichen Unterschriften muss unser Anliegen nun im Nationalrat behandelt werden. Mit über 1000 Freiwilligen wird sich das Klimavolksbegehren dafür einsetzen, dass Klimaschutzpolitik nicht nur eine Sammlung von vereinzelt Ankündigungen bleibt, sondern endlich in die Umsetzung kommt! Die Nationalratssitzung wird zeigen wie ernst Klimaschutz der Politik ist!

Mehr dazu finden Sie auf unserer Website: www.klimavolksbegehren.at

Pressekontakt:

Mag. Kathrin Resinger, MA
Klimavolksbegehren | Leitung Presse
+43 (0) 677 63 751 340
k.resinger@klimavolksbegehren.at